Rüdiger Freiherr v. Fritsch
Botschafter a.D.

Festrede zur Feier des Tages der deutschen Einheit
Schwäbisch Gmünd, Kulturzentrum Prediger, 3.Oktober 2019

„Gelungene Geschichte – gelingende Zukunft“

Anrede,

Entsinnen Sie sich noch des 9. November 1989? Zumindest all jene, die damals alt genug waren, das Zeitgeschehen bewusst zu erleben, haben hierauf eine genaue Antwort. So zumindest meine Erfahrung. Und oft genug ist es eine unterhaltsame Geschichte, die so ganz mit dem unerhörten Geschehen jenes Tages kontrastiert: mit dem Fall der Berliner Mauer. Ja, Menschen erinnern sich durchaus auch daran, das Ereignis verschlafen zu haben – wann entsinnt man sich schon daran, geschlafen zu haben!

Ich hatte das Glück, an jenem Tag an einem Teil des Geschehens sehr dicht dran zu sein. Als junger Diplomat an der deutschen - genauer gesagt: der westdeutschen – Botschaft in Warschau war es meine Aufgabe gewesen, einen Besuch des Bundeskanzlers in Polen mit vorzubereiten. Es war ein riesiges Ereignis, dass sich über mehrere Tage hinziehen sollte – der erste Besuch eines Bundeskanzlers in einem vormals sozialistischen Land, das nun eine frei gewählte Regierung hatte; allein 100 Ehrengäste und mehr als 300 Journalisten begleiteten Helmut Kohl.

Am frühen Nachmittag des 9. November 1989 landete die große deutsche Delegation auf dem Warschauer Flughafen, nach bis zuletzt nervenaufreibender Planung, Vorbereitung und Änderungen des Programms. Und am Abend des Tages trifft die Nachricht ein, die DDR–Regierung habe die Grenzen geöffnet.

Die Bezeichnung ‚der Mauerfall‘ wurde ja erst später üblich - und so griffig er ist, ist er ja auch unzutreffend: die Mauer ist ja nicht gefallen, sie ist von freiheitsliebenden Menschen im Osten Deutschlands umgestoßen worden. Zu Recht sprechen wir heute im Rückblick daher auch von der „Friedlichen Revolution“.

Während sich die Nachrichten und auch die Bilder verdichteten, die uns in Warschau erreichten, und die immer dramatischere Dinge aus Deutschlands berichteten, besprach Helmut Kohl mit seinen Beratern, wie mit dieser Entwicklung umzugehen sei. Und am folgenden Morgen, dem 10. November, erhielten wir die Weisung, die sofortige Rückkehr des Bundeskanzlers nach Deutschland vorzubereiten sowie den gesamten Besuch - um 24 Stunden verschoben - neu zu planen, denn Helmut Kohl beabsichtigte durchaus – und richtigerweise – seinen Besuch in Polen fortzusetzen.

Was an sich schon kompliziert klingt, war unter den technischen und Infrastruktur-Bedingungen eines herabgewirtschafteten sozialistischen Landes fast ein Ding der

Unmöglichkeit. Bei Regen konnte man in der Regel nicht einmal über die Weichsel telefonieren - und den legendären Arbeiterführer Lech Wałęsa in Danzig zu erreichen, um ihm zu sagen, er solle 24 Stunden später nach Warschau anreisen um Helmut Kohl zu treffen, war praktisch nicht darstellbar.

Meine Damen und Herren lassen Sie es mich salopp formulieren: Aus Sicht des Organisations-Teams der westdeutschen Botschaft Warschau hätte der Mauerfall ruhig eine Woche später stattfinden können. Logistisch war es für uns der GAU.

Und für unseren damals sechsjährigen ältesten Sohn war das Ganze eine Riesen-Enttäuschung: Seine Mutter hatte ihm erlaubt, abends fern zu sehen, da man in der Tagesschau vielleicht kurz den Vater erblicken könnte, bei der Ankunft des Bundeskanzlers in Warschau – und nun waren da bloß drängelnde, jubelnde Menschen und hupende Trabis zu betrachten. Vom Vater – keine Spur.

Ganz persönlich empfand ich an jenem Abend selbstverständlich die gleiche, unbändige Freude wie wohl alle Deutschen über diese grandiose Wendung, die der Lauf der Geschichte nahm. Als die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sich am späten Abend erhoben um das Deutschland-Lied zu singen, dachte ich mir: Noch nie war ihr Text so treffend: „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

Lassen Sie mich aus jenen Tagen zwei kleine persönliche Erlebnisse anfügen, die die Situation vor 30 Jahren zu illustrieren vermögen.

In einer Pause des Besuchsprogramms saßen wir, gemeinsam mit einigen Kollegen, mit dem Bundeskanzler zusammen. Wir nutzten die Gelegenheit, ihn selbst zu fragen: Wir seien ja nun auch nur Zeitungsleser und Fernseh-Konsumenten. Aber ob er, als Bundeskanzler, denn gewusst habe, dass es zu dieser Grenz-Öffnung kommen könnte? Nein, antwortete Helmut Kohl. Natürlich, man sei gut über die inneren Verhältnisse und Turbulenzen in der DDR unterrichtet gewesen – aber, dass es zu dieser dramatischen Entwicklung kommen würde, das habe er nicht gewusst.

Lassen Sie mich hinzufügen: Dann wäre er wohl auch nicht gereist.

Eine weitere Frage richtete ich während des Besuches an den außenpolitischen Berater des Bundeskanzlers – man ist versucht zu sagen: in einer gewissen jugendlichen Naivität. Was denn diese Entwicklung für die deutsche Frage bedeuten würde? Horst Teltschik hat damals herzlich gelacht – deutsche Frage! Was für ein befremdliches Thema.
Ein berühmter Journalist, der in Gmünd sein Handwerkszeug gelernt hat, hatte ganz in diesem Sinne noch im Juli 1989 in der „Zeit“ geschrieben: "Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen". Zitatende. Reumütig hat Theo Sommer, um den es natürlich geht, sich zehn Jahre später mit dem guten Satz korrigiert: „Man soll die Zukunft nicht durch einen Mangel an Fantasie beleidigen.“

Gleichwohl: Seit dem Spätherbst 1989 tauchte in der Tat rasch manch sorgenvolle Frage auf: Wie würde sich diese mehr und mehr revolutionäre Entwicklung einordnen in die Wirklichkeit der Ost-West-Konfrontation, in jenes scheinbar fest gefügte System großer Mächte und derer Alliierter, das bestimmt war von Gegensatz, Beharrung und Bedrohung? Würde die Sowjetunion, aber würden auch manche

westliche Partner, eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zulassen? Schließlich waren sie über den Zustand der deutschen Teilung insgeheim vielleicht nicht ganz unglücklich. Und vergessen wir nicht: Auch das Schicksal der früheren deutschen Ostgebiete war – zumindest rechtlich – noch nicht abschließend geregelt.

Im Rückblick wissen wir, wie gut es gelingen sollte, eine internationale Entwicklung zu gestalten – den 2 + 4 Prozess – der alle Beteiligten zustimmten und die einherging mit der inneren Vorbereitung der beiden deutschen Staaten auf jenen Tag, den wir heute begehen: Den Tag der Deutschen Einheit, den 3. Oktober 1990.

Anrede,

Erlauben Sie mir, diese einleitenden Beobachtungen im Blick zurück auf 1989/90 zu zwei sehr grundsätzlichen Bemerkungen zu nutzen.

Erstens: Wir dürfen nie den Glauben daran verlieren, dass es uns gelingen kann, auch größte und schwierigste – und scheinbar unlösbare – Probleme zu lösen – und sei es die deutsche Teilung.

Das mag banal klingen, ist aber doch fundamental wichtig. Sich daran zu erinnern, was uns gelungen ist und darauf zu vertrauen, dass Vergleichbares uns auch wieder gelingen kann, scheint mir gerade heute besonders wichtig. Die Medien und öffentlichen Debatten sind voll von Kaskaden an Vorhersagen über die Unlösbarkeit bestimmter gegenwärtiger Probleme, über bevorstehende Untergänge, über definitives Scheitern. Ich zitiere einige Schlagzeilen seriöser Internet-Portale der letzten Tage: „Die Menschheit verliert die Kontrolle über den Zustand der Erde“ hieß es da, oder auch: „Schwarzes Loch gefräßiger als bisher.“ Es brauchte schon einigen Mut, weiter zu lesen, um ganz am Ende des Artikels zu erfahren, dass für die Erde keine Gefahr bestehe. Aber wir gruseln uns halt gern ein bisschen, schlechtes Gewissen inklusive. Ich zitiere eine weitere Schlagzeile: „Deutschland scheitert an der Restmülltonne“.

Nun will ich weder reale Probleme kleinreden noch Presseschelte betreiben. Wir haben in Deutschland unverändert eine sehr niveauvolle, breite und streitbare Medienlandschaft. Dafür können wir in den Zeiten von ‚fake-news‘ nur froh und dankbar sein. Und oft genug bekommen wir in unseren Medien ja lediglich auch das geboten, was wir gerne hören. Aber manchmal ist es eben gut und notwendig, sich daran zu erinnern, wie und welche vergangenen Herausforderungen wir gemeistert haben.

Ich meine, es hilft vielleicht überdies auch, sich vor Augen zu führen, wie andere uns und unsere Schwierigkeiten sehen. Verkürzt gesagt: Andere Völker trauen uns viel zu. Damit verbindet sich natürlich nicht nur Gutes - historisch betrachtet ja zurecht und sehr nachvollziehbar. Doch man rechnet uns eben auch hoch an, dass es uns und wie es uns gelungen ist, mit eigenem Versagen in der Geschichte aufrichtig umzugehen. Vor allem aber traut man uns eben auch zu, große kulturelle oder Ingenieur-Leistungen hervor zu bringen und insbesondere: für schwierigste politische und wirtschaftliche Probleme Lösungen zu finden.

Umgekehrt zeigt man sich im Ausland oft genug – gerade in Anbetracht der Erfolgsgeschichte, die die Deutschen in Politik und Wirtschaft vorzuweisen haben –

irritiert über manch selbstquälerische Debatte in unserem Land, die beharrlich an den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten zweifelt und die nicht in Betracht zieht, dass es für bekannte Probleme noch unbekannte Lösungen geben könnte. Lassen Sie es mich so auf den Punkt bringen: Wo anderen Orts mit Problemen vielleicht manchmal zu leichtfertig umgegangen wird, machen wir es uns manchmal besonders schwer.

Ich erzähle Ihnen ein Beispiel aus meiner Kindheit: Ich bekam, als etwa Zehnjähriger, ein Buch zum Thema Verkehrs-Erziehung geschenkt, das die Erwachsenen wohl vorher nicht so genau selbst gelesen hatten. Jedenfalls versetzte es mich in Angst und Schrecken. Denn dort wurde eine schreckliche und augenscheinlich unaufhaltsame Entwicklung beschrieben: Die Zahl der Verkehrstoten steigt beharrlich von Jahr zu Jahr an. Das war ja auch nur logisch, denn die Zahl der Autos nahm in jener Zeit in großen Schritten zu. Doch die Entwicklung ist seither entgegengesetzt verlaufen: Heute gibt es in Deutschland fünfmal so viele Motorfahrzeuge wie 1960 und die Zahl der Verkehrstoten hat von jährlich 16.500 auf 3.300 abgenommen - 330.000 wären es, würden wir das Verhältnis von Autos zu Verkehrsopfern aus dem Jahr 1912 fortrechnen. Doch die Autos sind sicherer und die Verkehrsregeln strenger geworden.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel wählen, um eine vermeintlich unaufhaltsame wie bedrohliche Entwicklung zu beleuchten, die eine unerwartete, glückliche Wendung nahm.

In drei Kilometern Luftlinie von hier gibt es ein attraktives Neubaugebiet – bis 1990 existierte dort ein Lager mit tödlichen Atomwaffen. Ich entsinne mich einer Fernseh-Debatte aus den achtziger Jahren, in der eine junge Frau Bundeskanzler Helmut Schmidt wütend entgegenschleuderte: „Jede Waffe, die in der Geschichte hergestellt worden ist, ist auch eingesetzt worden!“ Dies war die Überzeugung und Sorge Hunderttausender. Doch die Raketen sind abgezogen und vernichtet worden und die Zahl aller Raketensysteme weltweit hat sich in der Folge dramatisch verringert. Eine – historisch – betrachtet ungeheure Leistung. Heute stehen wir vor der Gefahr eines neuen Wettrüstens mit völlig neuen Herausforderungen. Könnte es sein, dass es uns gelingt, auch diese zu beherrschen, wenn wir uns nur fantasievoll und engagiert genug um Lösungen bemühen?

Und im Rückblick auf die deutsche Frage war es natürlich auch irgendwann einfacher, sich in das scheinbar Unabänderliche der Teilung zu fügen und sich zu arrangieren, sich nicht länger um Lösungen zu bemühen. Das war auch wesentlich bequemer und leichter als am schwierigen Wunsch festzuhalten, die Nation solle wieder vereint werden. Das war auch leichter als dafür zu arbeiten, diese Frage offen zu halten. Und selbst den Tag, der damals der deutschen Einheit gedachte, den 17. Juni, mochten wir nicht mehr begehen. Jener Tag, der an den landesweiten, mutigen Volksaufstand in der DDR im Jahr 1953 erinnerte, wurde uns irgendwie unangenehm und wir ersetzten ihn, etwas verschämt, durch den ‚Tag des Grundgesetzes‘ am 23.Mai.

Anrede,

ich komme zu meiner zweiten Beobachtung, im Rückblick auf 1989 und die folgende Zeit, die mit der ersten eng verbunden ist: Geschichte kann uns gelingen. Dies gilt nicht nur für die stürmischen Monaten bis hin zum Vollzug der Einheit am 3.Oktober

1990. Es gilt auch für die vier Jahrzehnte zuvor, in denen es westdeutscher Außenpolitik gelungen war, enormes Vertrauen aufzubauen. Ich sage bewusst westdeutsch, denn 1990 richtete sich der Blick der Weltgemeinschaft ja auf jene alte Bundesrepublik, um eine Vorstellung davon zu gewinnen, welches vereinte Deutschland hier wohl entstehen würde. Würde es ein verlässlicher Partner sein, ein friedliches Land, oder würden alte Großmacht-Träume wieder belebt werden und die Nachbarn in Furcht versetzen?

Doch die Staaten-Gemeinschaft, auf deren Zustimmung wir elementar angewiesen waren, hat uns Deutschen die Vereinigung damals einfach gemacht. Eine wesentliche Rolle spielte die Erfahrung, die man vierzig Jahre lang mit den Deutschen gemacht hatte: Jenes Deutschland, das aus den Trümmern des nationalsozialistischem Unrechtsstaates erstanden war, hatte sich als ein Gemeinwesen erwiesen, das zutiefst dem Frieden und der Freiheit, der Solidarität und dem Rechtsstaat verbunden war. Hieraus hatte sich ein enormer Vorschuss an Vertrauen ergeben – und wir haben dieses, so meine ich, wahrlich nicht enttäuscht.

Nun liegt es natürlich nahe, an diese Beobachtung unmittelbar die Frage anzuschließen: Schön und gut, aber ist uns denn die Geschichte seither gelungen, die Geschichte der Einheit? Man muss ja nur manch öffentliche Debatte der zurückliegenden Wochen und Monate betrachten, um zu dem Schluss kommen zu können: Eigentlich hat es gar nicht geklappt mit der Einheit. „Die Einheit ist unvollendet!“, heißt es immer wieder.

In der Tat kann man ja nicht darüber hinwegsehen, dass die Lebensverhältnisse bis heute nicht vollständig gleich sind, dass es im Osten unseres Lande vielfach zu De–Industrialisierung gekommen ist und Probleme ganz neuer Art entstanden sind. Auch aus eigener Anschauung kenne ich genug Biografien, die durch die Vereinigung eine wirtschaftlich und sozial schwierige Entwicklung genommen haben. Wer damals seine Arbeit verloren hat und plötzlich in der Ungewissheit lebte, wie er seine Familie werde durchbringen können, der schaut auf die Geschichte der Einheit anders zurück als wir hier im Westen.

Unübersehbar gibt es auch einen tief sitzenden Unmut über - ich zitiere - „die herrschenden Verhältnisse“. Jüngste Wahlergebnisse scheinen das einmal mehr zu bestätigen. Im Osten unseres Landes fühlt man sich vielerorts nicht verstanden, man fühlt sich überfahren und eigene Lebensleistung nicht wert geschätzt.

‚Ja, ist denn alles schlecht gelaufen in den zurückliegenden 30 Jahren?‘, ist man versucht zu fragen, ‚waren denn alle Anstrengungen umsonst? Sind die 2 Billionen € vergeblich ausgegeben worden, die wir für die Einheit bislang aufgebracht haben?‘ Was das Geld angeht, sind wir uns, denke ich, vermutlich rasch einig: So kann man die Dinge nicht betrachten. Eine nationale Aufgabe dieser historischen Dimension darf man nicht einfach unter monetären Gesichtspunkten abhandeln. Lothar Späth wird der schöne Satz zugeschrieben: „Wenn wir 1945 nachgerechnet hätten, hätten wir auch nicht angefangen wieder aufzubauen.“ Zitatende. Der Aufbau Ost war unvermeidlich, auch in dieser Geschwindigkeit. Und in Summe, so meine ich, können wir Deutsche gemeinsam stolz auf das sein, was geleistet worden ist - bei manchen Fehlern, die es zweifellos gegeben hat. Wie könnte es bei einer Aufgabe dieser Größe auch anders sein.

Gemeinsam leben wir alle in einem freiheitlichen Rechtsstaat – es besteht leider Anlass, diese scheinbare Selbstverständlichkeit ab und an wieder in Erinnerung zu rufen – wir leben inzwischen länger in einem geeinten, freien Deutschland als mit dem Schrecken der barbarischen Mauer mitten durch Berlin. Es gibt im Osten unseres Landes starke industrielle Zentren und eine moderne Infrastruktur. Ein wachsender Wohlstand hat die ganz große Mehrheit der Menschen erreicht.
Und ich meine: Allein schon die Tatsache, dass zeitweise die drei höchsten Repräsentanten unseres Landes – der Bundespräsident, der Präsident des Deutschen Bundestages und die Bundeskanzlerin – alle aus Ostdeutschland stammten, ist ja schon ein gutes Zeichen dafür, dass nicht so schlecht zusammengewachsen ist, was zusammen gehört, um Willy Brandt zu paraphrasieren.

Warum dann aber dieser Unmut, dieser Bürgerprotest, diese Abkehr von einer Staats- und Regierungsform, die man doch scheinbar herbeigesehnt hatte?

Wir wissen, dass die Antwort hierauf nicht einfach ist und dass sie Heerscharen von Analysten beschäftigt, einmal ganz abgesehen von verzweifelten Politik-Gurus in den Parteizentralen. Manches hat gewiss mit sehr konkreten Fragen zu tun, wie beispielsweise der Migration und der Migrationspolitik, mit Verarmung in einem reichen Land, mit Bildungsdefiziten und mit anderen Themen, die die nationale Debatte der zurückliegenden Jahre geprägt haben.

Stellen wir die Frage in einen weltweiten Zusammenhang, so ist eines interessant zu beobachten: Ganz ähnliche Entwicklungen vollziehen sich derzeit in vielen Ländern.

Eine Abkehr vom klassischen Modell parlamentarischer Demokratie mit Parteien, die in wechselnden Koalitionen miteinander regieren, erleben wir in diesen Jahren ja nicht nur in Deutschland. Gleiches können wir in Variationen in Frankreich oder Österreich beobachten, in den Niederlanden und in den USA. Sogenannte ‚Bewegungen', oft an eine Person gebunden, ersetzen Parteien, und der Zuspruch zu autoritären politischen Modellen nimmt zu.

Interessanterweise gehen zur gleichen Zeit Menschen andernorts auf die Straße - in Istanbul und Hongkong, in Moskau und Caracas; sie fordern Bürger- und Freiheitsrechte und vor allem: die Chance auf demokratischen Wandel. Sie kennen die schreckliche Wirklichkeit autoritärer Verhältnisse aus eigenem Erleben und handeln in der festen Überzeugung: Demokratie ist immer noch die beste Gewähr dafür, dass auch schlechte Menschen keinen allzu großen Schaden anrichten können.

Wollen wir die Entwicklung in unserem Land im internationalen Vergleich beleuchten, scheint mir der Blick auf unseren östlichen Nachbarn Polen interessant. Ich wähle ihn auch deshalb, weil meine Frau und ich zweimal in jenem Land gelebt haben, als junges Diplomaten-Ehepaar und später, als ich dort Botschafter war.

Polen ist heute ein tief gespaltenes Land. Die Gräben verlaufen zwischen dem national-populistischen Lager der gegenwärtigen Regierung und der bürgerlich-demokratischen Opposition. Nun ist Polen jedoch kein Land, das nach 1989 vereint wurde – im Gegenteil: In bewundernswerter Geschlossenheit und Einmütigkeit waren die Polen aufgestanden gegen die kommunistischen Machthaber. Völlig zu Recht

hatten sie ihre Bewegung daher auch „Solidarność“ genannt – „Solidarität“. Mutig und friedlich, entschlossen und geschlossen fegten sie ein Regime hinweg, das sie 40 Jahre lang unterjocht hatte, unter dem Druck der Sowjetunion. Doch heute überziehen sich die Exponenten genau jener „Solidarność“ mit Vorwürfen und Unterstellungen, sei es, damals heimlich mit den Kommunisten paktiert zu haben, sei es, heute wieder autoritäre Verhältnisse herstellen zu wollen.

Was ist geschehen? Zunächst einmal genau das gleiche wie bei uns: Hier wie da ist erfolgreicher Aufbau geleistet worden, ist wirtschaftlicher Aufschwung gelungen, hat sich das Leben für sehr viele sehr substanziell verbessert. Möglich wurde diese Erfolgsgeschichte jedoch nicht nur durch die erfolgreiche Umsetzung sozialer und marktwirtschaftlicher Reformen, sondern auch durch die Einbindung in die moderne Globalisierung und ihre Bedingungen. Und diese haben nicht für alle Vorteile mit sich gebracht

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel wählen, um zu veranschaulichen, was ich meine: Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hat der Automobilbauer Opel nicht nur im mitteldeutschen Eisenach investiert, sondern auch im polnischen Gleiwitz. An beiden Standorten konnte er deshalb erfolgreich produzieren, weil er in einer arbeitsteiligen Welt Zulieferteile günstig aus aller Herren Ländern beziehen kann. Und weil er seine Produkte auf einem weltweiten Markt absetzen kann, auf dem Zollschranken gefallen sind und dessen Logistik immer moderner und dessen Kommunikation immer raffinierter wird.

Doch nicht überall ist Gleiwitz oder Eisenach – das Opel-Werk in Bochum, im Westen, wurde geschlossen. Und die Arbeitsplätze aus Bochum sind nicht so sehr nach Gleiwitz und Eisenach, als eher nach Ungarn oder gar nach Asien abgewandert.

Um es einmal auf die USA zu übertragen: Der jetzige amerikanische Präsident ist vom arbeitslosen Stahlarbeiter im mittleren Westen der USA nicht zuletzt für das Versprechen gewählt worden, jene Arbeitsplätze zurückzuholen, die jetzt in China sind – im Ergebnis der Globalisierung.

Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes geht auch ein Verlust an Würde einher. Man wird nicht mehr gebraucht. „Die Arbeit gehört zum Menschen wie das Fliegen zum Vogel“ hat Martin Luther gesagt. Eine fremde, feindliche, undurchschaubare Welt nimmt mir den Sinn meines täglichen Lebens. Ich fühle mich entwurzelt und nicht länger wert geschätzt.

Bei vielen Menschen in den USA, in Polen oder eben auch in Deutschland sind die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der Globalisierung gar nicht erst angekommen.

Andere Herausforderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, kommen hinzu. Unsere Welt wird immer komplexer. Nun wissen wir: Komplexität ist immer schon Zeichen des Wandels gewesen, oft genug auch des positiven Wandels. Doch ob wir es wollen oder nicht, unser Verstand und oft genug mehr noch: unser Gefühl ist dadurch ständig gefordert, gereizt und eben oft genug verwirrt. Es gibt keine einfachen Erklärungen mehr – aber genau jene werden in dem Maße gewünscht, wie immer schwerer zu verstehen ist, was auf dieser Welt geschieht. Und mit den einfachen Antworten tut sich insbesondere demokratische Politik schwer, denn

Demokratie lebt von Widerspruch und Kompromiss, von Rücksichtnahmen und vom Vermitteln und vom Akzeptieren schwieriger Zusammenhänge. Weil das so ist, haben es jene leicht, die auf schwierige Fragen einfache Antworten geben – so unzutreffend diese sein mögen.

Und da es stets leichter ist, Verantwortung für Probleme bei anderen zu suchen, gehört zu den einfachen Antworten beispielsweise auch: Brüssel ist an allem schuld. Ja, Manches liegt im Argen im europäischen Geschehen. Doch wie gefährlich ist es, den Menschen einzureden, alles würde uns besser gelingen, wären wir bloß wieder in unserem alten Nationalstaat. Solche Parolen stellen ja nicht nur Wohlstand infrage, sondern das größte Friedenswerk, das zu bauen uns in unserer Geschichte gelungen ist: die europäische Integration. Man kann ja zu Recht dies und das an ihr kritisieren – aber dann lasst sie uns gemeinsam verbessern und doch bitte nicht einfach auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Denn die Alternative zum vorteilhaften Miteinander ist das Gegeneinander konkurrierender Mächte. Dieser Weg ist im vergangenen Jahrhundert in zwei Weltkriegen schrecklich gescheitert.

Anrede,

Die Globalisierung hat auch ganz neue Möglichkeiten der Kommunikation mit sich gebracht. Vom Laptop zu Hause bestelle ich mir Waren aus aller Welt, ich bin ständig mit einer großen Zahl Menschen im Kontakt und erfahre über das Geschehen in fernen Ländern. Zugleich scheint es keine Gewissheiten und keine verlässlichen Informationen mehr zu geben. Jeder strickt sich seine Wirklichkeit zurecht. Und so kann ich mir auch die erwähnten einfachen Antworten sehr einfach selbst besorgen. Früher gab es den Lehrer und den Brockhaus, heute gibt es den Podcast, den Blog und eine wachsende Flut von Internetseiten voller Verschwörungstheorien.

Die Wahrheit hat es schwer in einer Zeit, in der Vernunft und gesunder Menschenverstand nur noch eine Option unter vielen sind, in der die Lust an der Unvernunft wächst. Der Preis könnte hoch sein.

Anrede,

Wie kann uns da Zukunft gelingen? Ich kehre zurück zum Ausgang meiner Ausführungen und nähere mich dem Schluss.

Zum einen, noch einmal: wir dürfen nicht nachlassen, auf unser Fähigkeit zu vertrauen, auch noch so schwierige Probleme zu lösen – gerade auch wenn wir uns den Weg dahin gar nicht vorstellen können. Der Philosoph Karl Popper hat einmal den schönen, einfachen Satz geprägt: „Es gibt eine Pflicht zum Optimismus.“ Und er hat hinzugefügt: „Man muss sich auf die Dinge konzentrieren, die gemacht werden sollen und für die man verantwortlich ist.“ Zitatende.

Welche Dinge sind das? Ganz einfach: in erster Linie ist es das nahe liegende und das ist oft genug das nahe Gelegene. Das beginnt in der Familie und in der Nachbarschaft, im mitmenschlichen Für- und Miteinander. Und jenseits davon gilt: Alle Politik beginnt vor Ort, hier. Meine unmittelbare Umgebung ist der erste Ort an dem ich mich engagieren kann und soll. Und an dem ich andere mitnehmen und für die gemeinsame Sache begeistern kann – durch meinen Einsatz bei der Feuerwehr oder im Stadtrat, im Sport oder für die Belange benachteiligter Menschen, im

Geschichtsverein oder in der Kirchengemeinde. Bürgerschaftliches Engagement, das Einstehen für die eigenen Belange oder die anderer, ist überdies eine hervorragende Antwort auf Populismus und leere Parolen. Es stärkt Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und Einheit.

Anrede,

Auch die vielbeschworene große Politik, auch Außenpolitik oder Globalisierung – alles hat seine Wurzeln vor Ort. Und lassen Sie mich hinzufügen: nichts ist etwas ohne Verwurzelung.

Wer nicht auf festem Grund steht, läuft Gefahr zu schwanken, wenn Sturm aufzieht. Verwurzelung, das sieht für jeden ein wenig anders aus: das ist Familie, Verwandtschaft und Freundschaft, das ist Sprache, Musik und Sportverein, das ist Prägung durch Geschichte und Landschaft, das sind kulturelle Besonderheiten und bewährte Streitkultur. Und Verwurzelung ist für mich persönlich auch immer noch undenkbar ohne den Glauben an einen Gott, der das letzte Wort hat und jedem von uns tagtäglich vor Augen führt, dass keiner von uns der größte ist. Vom großen russischen Schriftsteller Dostojewski stammt der Satz: „Wenn es keinen Gott gibt, dann ist alles erlaubt."

Verwurzelung – man kann auch sagen: wir brauchen Heimat.

Heimat kann auch ein Ort sein oder zu einem Ort werden, an dem man keine ursprünglichen Wurzeln hat. Für mich ist Schwäbisch Gmünd ein solcher Ort – im übertragenen Sinne, aber auch ganz persönlich.

Als meine Eltern 1966 hierher zogen, kam ich aufs Parler–Gymnasium. Rasch musste ich feststellen: Ich war Anhänger des falschen Fußballvereins und verstand selbstverständlich nichts von dem, was meine Klassenkameraden um mich herum sprachen - und auch nicht alles von dem, was die Lehrer sagten. Klassenlehrer Kolb jedenfalls lachte herzlich, als ich ihm auf seine Frage: „Vrschtosch ons denn au?" ehrlicherweise antwortete: „Das meiste."

Aber bald wurde mir klar, dass die Gleichaltrigen, die im Rehnenhof oder in der Weststadt wohnten, zwar Schwäbisch sprachen und auch hier geboren waren - dass aber ihre Eltern in Oberschlesien oder im Sudetenland zu Hause gewesen waren – Flüchtlinge und Vertriebene, wie meine Eltern. Gmünd hat damals eine ungeheure Integrationsleistung vollbracht. Die Spuren sind, richtigerweise, bis heute noch sichtbar und wurden Teil einer sich wandelnden Identität. Die Vertriebenen von damals bauen heute die Brücke nach Osten.

Es gibt sehr viele, die versuchen, in Baden-Württemberg zu Hause zu sein ohne von hier zu stammen. Darüber ist die Landesregierung vor einigen Jahren übrigens etwas zu großspurig hinweg gegangen, als sie einen Werbeslogan wählte, der humorvoll gedacht war, aber Manche eben auch ausgrenzte: Selbst auf Berliner Bussen konnte man damals den selbstbewussten Satz lesen: „Wir können alles außer Hochdeutsch". Ich war immer versucht der Landesregierung zu schreiben und zu sagen: „Ich kann Manches außer Schwäbisch. Darf ich trotzdem bei Euch zu Hause sein?"

In jener Zeit, als ich nach Gmünd kam, Mitte der sechziger Jahre, begann eine weitere Zuwanderung – aus dem Süden Europas und der Türkei –, auch wenn sie zunächst nicht als solche wahrgenommen wurde. Und wenig später begann meine Mutter, die aus dem Baltikum stammte und Russisch sprach, sich gemeinsam mit anderen um Russlanddeutsche zu kümmern, die in Gmünd ankamen. Und in den vergangenen Jahren sind wieder Menschen zu uns gekommen, die ihre Heimat verlassen haben.

All dies hat unsere Stadt geprägt, die heute dreimal so viele Einwohner hat wie vor dem Zweiten Weltkrieg. Es hat vielen vieles abverlangt und es ist nicht immer einfach gewesen – gelungen ist es, weil Gmünd sich durch Offenheit auszeichnet und durch die Bereitschaft zu Wandel und Veränderung.

Die Stadt, in die ich in diesem Sommer zum zweiten Mal gezogen bin, ist in vielerlei Hinsicht eine ganz andere als jene, in der ich 1966 ankam. Ich weiß, dass es auch heute noch große Herausforderungen gibt, doch ich empfinde diesen Wandel als sehr positiv: Das Erscheinungsbild und die Atmosphäre haben sich verändert, die Bürger haben vom öffentlichen Raum Besitz ergriffen, allerorten ist Geschichte nicht nur präsent, sie wird vermittelt und erklärt. Zugleich ist so viel Gutes und Bewährtes geblieben – von der Kunstsinnigkeit und dem Gemeinsinn der Bürgerschaft bis zum reichen kulturellen Angebot in Gmünd, von den Jahrgangsfesten bis zum Briegel - und den gibt es jetzt sogar in mehreren Varianten. Manches Traditionsgeschäft und manch alter Betrieb sind verschwunden, aber Neues ist entstanden – bis hin zu jener quadratischen Uhr, die selbst in der deutschen Botschaft in Moskau seit kurzem die Zeit in Buchstaben anzeigt: auf Deutsch und auf Russisch.

In Gmünd wird eine Tradition selbstbewusster und heimatverbundener Weltoffenheit deutlich, die weiß, dass wir uns dem Wandel nicht entziehen, dass wir ihn aber gestalten können. Ein gelungener Ausdruck dessen ist die „Gmünder Charta der Gemeinsamkeiten“, die dem Miteinander ein Geländer gibt und Zukunft weist. Hier wird das Selbstverständnis engagierter Bürgerlichkeit sichtbar, die nach dem Grundsatz handelt: Wir müssen die Welt so nehmen wie sie ist - aber wir dürfen sie nicht so lassen.

Anrede,

zu meinen Lieblingsbüchern gehört der Roman „Der Leopard“ des italienischen Autors Guiseppe Tomasi di Lampedusa. Er rankt sich eigentlich nur um einen Kerngedanken, den ich an das Ende meiner Ausführungen stellen möchte:

„Es muss sich alles ändern, damit es bleibt wie es ist.“

Sind wir bereit, uns auf Wandel einzulassen und glauben wir, Herausforderungen, vor denen wir stehen, lösen zu können, so kann uns Zukunft gelingen – so wie uns 1989 und 1990 Geschichte gelungen ist – in Einigkeit und Recht und Freiheit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.